

# Verworrene Ansagen zur Steuerpolitik überschatten Pressekonferenz von Präsident Hollande

AUS PARIS  
**DANNY LEDER**

Frankreichs Staatsführung werde Kurs halten, versicherte sinngemäß Präsident Francois Hollande bei seiner großangelegten Pressekonferenz im Elysée am Donnerstag (der vierten seit seinem Amtsantritt im Mai 2012). Aber welchen Kurs, fragt sich die Bevölkerung, die an dem jüngsten Auftritt von Hollande kaum Anteil nahm. Jenseits seiner Grundsatzbekenntnisse zu einem sozialdemokratischen Ausgleich zwischen Schutz der Arbeitnehmer und Befreiung der Unternehmerinitiative hat Hollande seit seinem Amtsantritt ziemlich widersprüchliche Akzente gesetzt. Das gilt vor allem für die Steuerpolitik, bei der Frankreichs Öffentlichkeit gerade in den letzten Tagen einem verwirrenden Wechselbad ausgesetzt war.

Einerseits bildeten sich vor den Steuerämtern riesige Warteschlangen von Bittstellern, die um eine Zahlungsstaffelung ansuchten. Die französischen Arbeitnehmer (die ihre Lohnsteuer selber an den Fiskus überweisen müssen) wurden bei dem alljährlichen Steuerbescheid, der im September erfolgt, von substantiellen Erhöhungen überrascht. Einiges davon ist die Spätfolge von Steuererhöhungen, die der vorhergehende bürgerliche Präsident Nicolas Sarkozy eingeleitet hatte. Aber unter Hollande kamen substantielle Mehrbelastungen dazu, die entgegen vormaliger Versprechen, auch die niedere Einkommenskategorien aus der Mittelschicht mit voller Wucht treffen.

Andererseits gestand Premier Manuel Valls bei seiner Regierungserklärung am Dienstag vor dem Parlament: §Die Steuern haben ein unerträgliches Niveau erreicht. Valls versprach für 2015 eine Abgabensenkung für sechs Millionen Steuerzahler (von insgesamt 19 Millionen). Seither überschlug er sich in widersprüchlichen Zusatzerklärungen, die, wie schon so oft, den Eindruck einer improvisierten Fiskalpolitik erweckten.

Dahinter steckt ein extrem anmutender Schlingerkurs: zu Beginn seiner Präsidentschaft setzte Hollande auf eine Erhöhung der Steuern für Kapitaleigner. Proteste von Jungunternehmern, Abwanderung von Firmensitzen und der Einbruch der Investitionen haben den Präsidenten inzwischen veranlasst für die Unternehmer ein steuerliches Entlastungspaket von 40 Milliarden Euro zu schnüren.

Für den Unternehmerverband sind diese Zuwendungen an zu viele bürokratische Hürden gebunden, außerdem sei das Arbeitsrecht die wichtigste Wachstumshürde. Während ein Teil der SP-Parlamentarier und ursprünglichen Wähler darin unzulässige §Geschenke an Bosse und Aktionäre§ sieht, die sich nicht in neuen Jobs niederschlagen würden. Genauso lehnt die SP-Linke die von Hollande und Valls vorgesehenen Sparmaßnahmen in der Höhe von 50 Milliarden Euro ab. Während die bürgerliche Opposition wiederum klagt, die Regierung würde den aus ihrer Sicht überlastigen öffentlichen Dienst noch immer keiner ernsthaften Sparreform unterziehen.

Am Dienstag, bei der Vertrauensabstimmung im Parlament nach der Regierungserklärung, enthielten sich 32 SP-Abgeordnete. Hollande und Valls können sich nur mehr auf eine relative Mandatsmehrheit stützen. Damit wird das §Kurs halten, von dem Hollande spricht, noch ungewisser.

Dazu kommt, dass laut Umfrage nur mehr 13 Prozent der Franzosen dem Präsidenten vertrauen. Verheerend wirkte sich das Buch aus, das die Ex-Partnerin von Hollande, Valérie Trierweiler, veröffentlichte: in dem Bestseller beschuldigt sie den Präsidenten, er würde die Armen verachten.